

MARTIN SCHIRDEWAN

2003 ist nicht 1933 – Zeit für eine neue »Einheitsfront«-Debatte?

Am 30. Januar 2003 jährt sich die Machtergreifung Hitlers zum siebzigsten Mal. Der 30. Januar 1933 steht damit für den Beginn der größten Menschheitskatastrophe, die ihren Ursprung in Deutschland hatte. Ein ›Tausendjähriges Reich‹ wollte sich zu dauernder Macht erheben. Es bestand nur zwölf Jahre, da seine Aggressivität die Barbarei des Holocaust und seine Expansionsgelüste den verheerendsten Krieg aller Zeiten auslösten, der mit der totalen Kapitulation des Reiches endete. In einem weiteren Sinne steht der 30. Januar 1933 damit aber auch für den Sieg über Hitler durch die Alliierten, der schließlich in die Teilung Deutschlands und die Gründung zweier deutscher Staaten mündete. Ereignisse also, deren historische Bedeutung und politische Folgen bis in die Gegenwart reichen.

Am 30. Januar 1933 wurde Hitler vom Reichspräsidenten Hindenburg zum Reichskanzler einer ›Regierung der nationalen Konzentration‹ ernannt. Was vielleicht von den konservativen und autoritären Kräften der Weimarer Republik als der Versuch einer Entzauberungsstrategie der NSDAP und Hitlers angedacht war, entwickelte sich zielgerichtet zur nationalsozialistischen Diktatur in Deutschland und dem von ihr verursachten Zweiten Weltkrieg. Oft und ausgiebig wurde seitdem in ›der Linken‹ gestritten, ob die Machtergreifung Hitlers durch ein Bündnis der Sozialdemokraten mit den Kommunisten hätte verhindert werden können. Geprägt waren diese Diskussionen hauptsächlich von gegenseitigen Vorwürfen und Schuldzuweisungen, die sich bis heute in der Form von Vorurteilen erhalten und reproduziert haben: »Die Linksradikalen waren gegen die Republik und haben deshalb nichts gegen Hitler unternommen.« »Aber nein, die Sozialdemokraten haben uns doch verraten!«

Bestand aber überhaupt die Möglichkeit für eine Zusammenarbeit der beiden Parteien KPD und SPD, zumal in einer so extremen Situation wie der Endzeit der Weimarer Republik mit dem immer stärker werdenden Nationalsozialismus? Gab es nicht objektive Gründe, die in der Programmatik, deren Umsetzung, der sozialen Basis der Parteien und ihrer Struktur lagen, die ein Zusammengehen unmöglich machten? – Eine Antwort auf diese Fragen wird durch einen typologisierender Einblick¹ in die Verfaßtheit von SPD und KPD erleichtert.

Als sich die KPD zur Jahreswende 1918/1919 als Partei konstituierte, war für Deutschland der Erste Weltkrieg verloren, hatte der Kaiser abgedankt, riefen Philipp Scheidemann und Karl Liebknecht jeweils am 9. November 1918 die »Republik« beziehungsweise die

Martin Schirdewan –
Jg. 1975; studiert Politikwissenschaft an der FU Berlin und ist seit 2001 Redakteur der Zeitschrift *UTOPIE kreativ*.

1 Typologien dienen dem Versuch, »die einzelnen Parteien im Vergleich miteinander nach bestimmten einheitlichen Kriterien zu erfassen..., indem sie jeweils einen besonderen Aspekt bei der Betrachtung der Parteien in den Mittelpunkt stellen und dabei andere, gleichermaßen mögliche Gesichtspunkte mehr oder minder bewußt vernachlässigen, um so eine prägnante Charakterisierung der Parteien zu gewinnen.« (Walter Schlangen: Enzyklopädisches Stichwort: Politische Parteien – Geschichte und Theorie, in: Ders. (Hrsg), Die deutschen Parteien im Überblick. Von den Anfängen bis heute, Königsstein 1979, S. 17 f.)

2 Siehe Bericht über den Gründungsparteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) vom 30. Dezember 1918 bis 1. Januar 1919, in: Lothar Berthold, Ernst Diehl (Hrsg.), *Revolutionäre deutsche Parteiprogramme*, Berlin 1967, S. 107-118.

3 Siehe zum Erfurter Programm und den folgenden Parteiprogrammen der SPD: Dieter Dowe, Kurt Klotzbach: *Programmatische Dokumente der Deutschen Sozialdemokratie*, Berlin/Bonn 1990.

4 Wobei sich mit den Namen auch unterschiedliche politische Vorstellungen verbinden. So stand der erste, von Kautsky verfaßte Teil des Programms ganz im Zeichen einer marxistisch intendierten Analyse gesellschaftlicher Verhältnisse. Der politisch-programmatische zweite Teil aus der Feder Bernsteins entsprach einer Analyse der Möglichkeiten sozialistischen Wirkens unter den Bedingungen des Kaiserreiches, stand also ganz im Zeichen der Reform.

5 Vgl. Ossip K. Flechtheim, *Die KPD in der Weimarer Republik*, Hamburg, 1986, S. 30.

6 Vgl. Siegmund Neumann: *Die Parteien der Weimarer Republik*, Stuttgart 1973, S. 91, der Originaltitel lautet: *Die deutschen Parteien. Wesen und Wandel nach dem Kriege*, Berlin, 1932.

»freie sozialistische Räterepublik« aus. Mit dem Scheitern der Novemberrevolution war auch der Versuch gescheitert, ein rätedemokratisches politisches System zu installieren. Deutschland lag am Boden, die Scheidemannsche Republik schwankte, doch sie fiel nicht. Gestützt und geschützt von der SPD, mit den hinlänglich bekannten Szenarien der militärischen Gewalt gegen sich erhebende Soldaten und Arbeiter, erwuchs eine parlamentarische Demokratie, für die am 11. August 1919 eine Verfassung – bekannt als »Weimarer Verfassung« – angenommen wurde und deren erster Präsident Friedrich Ebert war. Das Programm der KPD, auf ihrem Gründungsparteitag verfaßt, stand ganz unter dem Eindruck der niedergeschlagenen Novemberrevolution. In ihm wurden unter anderem die Errichtung einer Rätedemokratie in Deutschland, die Weltrevolution des Proletariats zwecks Errichtung der sozialistischen Gesellschaft und die Diktatur des Proletariats gefordert.² Es handelte sich um ein Programm revolutionären Charakters mit einer klaren programmatischen Zielsetzung: der Errichtung der sozialistischen Gesellschaft durch revolutionäre Gewalt.

Die SPD fand erst 1921 Zeit, sich ein Programm zu geben, das den Verhältnissen der Weimarer Republik angepaßt war. Bis dahin galt noch das Erfurter Programm von 1891³, verfaßt von Karl Kautsky und Eduard Bernstein⁴. Das kurzlebige Görlitzer Programm von 1921 hingegen bejahte explizit die bestehende politische Ordnung: Die parlamentarische Demokratie ist der Boden, aus dem der Sozialismus erwächst. Die programmatische Zielstellung bestand in der schrittweisen Umwandlung der Gesellschaft hin zum Sozialismus. Der reformistische Charakter des Programms war evident. Auch 1925, in dem Heidelberger Programm der SPD, wurde die demokratische Republik zu der Staatsform erklärt, mit der die Arbeiterklasse ihr Ziel umsetzen kann: Die Überwindung des kapitalistischen Systems; die Entwicklung des Sozialismus auf demokratischem Wege durch das Mittel der Vergesellschaftung.

Während die SPD sich und ihrer politischen Linie treu blieb, durchlief die KPD ab Mitte der 20er Jahre einen Bolschewisierungs- und somit Stalinisierungsprozeß.⁵ Dieser Prozeß wirkte sich faktisch auf die Programmatik der KPD aus. Sie wurde und machte sich zum Spielball außenpolitischer Interessen der Sowjetunion. Als das größte und stärkste Mitglied der Kommunistischen Internationale (KI) war sie bald vorbehaltlos an die Weisungen des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale (EKKI) gebunden, womit die Programmatik der KI damit auch für die KPD verbindlich wurde.⁶ Die KI als das außenpolitische Instrument Stalins und der Sowjetunion, geprägt vom Dogmatismus, wollte Ort und Zeitpunkt der Revolution bestimmen. Dadurch wurde aus der revolutionären Attitüde der KPD ein formalisiertes Revolutionärstum, fern jeder Spontaneität und Anbindung an die tatsächlichen gesellschaftlichen Verhältnisse. Anstatt sich in der Phase der relativen Stabilität der Weimarer Republik auf die Gesellschaft zuzubewegen, verhielt sich die KPD politisch antizyklisch. 1929 meldete sich die KPD mit der »Programmerkklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes« wieder programmatisch zu Wort. Inhaltliche Neuerung ist die an Stalin angelehnte, der Sozialdemokratie feindlich gesonnene Rhetorik, die schließlich in die »Sozialfaschis-

musthese« münden sollte. Ansonsten blieb die Diktatur des Proletariats, alternativ auch als proletarische Diktatur bezeichnet, programmatisches Ziel.⁷

Es läßt sich konstatieren, daß in der Programmatik, also im innersten Wesen der beiden Massenparteien SPD und KPD, unüberbrückbare Gegensätze bestanden, die durch die Anbindung der Kommunisten an die KI weiter verstärkt wurden. Zwar sprachen beide Parteien von einem Sozialismus als gewünschtes Ziel der Gesellschaftsordnung, doch die Verständnisse vom Sozialismus und dem Weg dorthin waren diametral entgegengesetzt. Der Revolution, die zur Diktatur des Proletariats führen sollte, stand die Reform der demokratischen Republik gegenüber, die eine sozialistische demokratische Gesellschaft hervorbringen sollte.

Diese tiefe Gegensätzlichkeit fand ihren Ausdruck in der politischen Praxis der Parteien. Die KPD als revolutionäre Partei unternahm 1921 und 1923 Aufstandsversuche, die beide niedergeschlagen wurden. Die gewaltsamen Versuche, die Republik zu stürzen und eine Diktatur des Proletariats zu errichten, machten deutlich, daß sich die KPD sowohl programmatisch als auch politisch-praktisch als »Out-Partei«⁸ definierte. Ihre Stellung zum politischen System brachte sie mit einem Spektrum politischer Mittel zum Ausdruck, das von passiver Ablehnung bis hin zu aktiver militärischer Gewalt reichte. Daß die Aufstände in einer Zeit niedergeschlagen wurden, in der die SPD mit Ebert den Reichspräsidenten stellte, verdeutlicht nur zu genau, wie stark sich die programmatischen Differenzen auch in der praktischen Politik wiederfinden. Die KPD nahm die positive Haltung der SPD zur Republik, ihre Wahrnehmung politisch höchster Ämter im Staate, ihr Verständnis von der demokratischen Republik als Basis zur Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft und ihre aktive Verteidigung der Republik zum Anlaß für die bekannte Sozialfaschismusthese. Die SPD ihrerseits verteidigte »ihre« Republik gewaltsam gegen links. Noske und der Blutmai sind dafür nur zwei Synonyme. Angesichts dieser faktischen Feindschaft waren auch die Bemühungen um eine sogenannte Einheitsfront beider Parteien im Angesicht des drohenden Nationalsozialismus nahezu zwangsläufig erfolglos. Die Forderung nach einer Einheitsfront, zwar wechselnd sowohl von SPD als auch KPD erhoben, entsprach wohl eher parteipolitisch taktischen Erwägungen als einem realistischen politischen Szenario.⁹

Kann die Analyse von sozialer Basis und Struktur zu einer Relativierung des bisherigen Urteils führen? Mit wenigen Worten sei auf die Parteistrukturen verwiesen. Beide, sowohl KPD als auch SPD, sind klassische Massenparteien. Insofern ist ihre Struktur bis in die Mitte der 20er Jahre sehr ähnlich. Eine quasi basisdemokratische Organisation, angefangen bei den Orts- und Kreisverbänden, deren Delegierte auf Parteitag über die politischen Inhalte entschieden, die dann von den Führungsgremien – bei der KPD war es bis 1925 der Zentralaussschuß, dann das Zentralkomitee, bei der SPD der Parteivorstand – umgesetzt wurden. Gewerkschaften, Arbeitersportvereine, parteipolitisch geprägte Volkshochschulen, Feuerbestattungsvereine flankierten die Parteien. Sinngemäß bekannt als: »von der Wiege bis zur Bahre«.

7 Vgl. Revolutionäre deutsche Parteiprogramme, a. a. O., S. 119-128.

8 Der Begriff Out-Partei geht auf die Typologisierung von Manfred Hättich zurück, der damit die Stellung der jeweiligen Partei zum politischen System charakterisiert. Demnach entspricht die SPD der Weimarer Republik einer In-Partei. Manfred Hättich: Zur Typologie politischer Parteien, in: Gilbert Zieburg (Hrsg), Beiträge zur allgemeinen Parteienlehre. Zur Theorie, Typologie und Vergleichung politischer Parteien, Darmstadt, 1969, S. 375-410.

9 Einheitsfrontüberlegungen veranstalteten sowohl KPD als auch SPD. Zur KPD siehe dazu Flechtheim, a. a. O., S. 54. Zur SPD vgl. Neumann, a. a. O., S. 39.

10 Vgl. Flechtheim, a. a. O., S. 176.

11 Vgl. ebenda, S. 47.

12 Die Arbeiterklasse der Weimarer Republik war nicht nur in SPD und KPD gespalten. Gerade in den frühen Jahren der Republik existierten noch diverse Abspaltungen und Splittergruppen. Die mächtigste war die USPD, die sich 1917 von der SPD abspaltete, die dadurch zur MSPD wurde. Auch die KPD hatte eine Abspaltung zu verzeichnen. 1920 bildete sich aus der KPD die KAPD heraus. Doch sind diese Gruppierungen hier nicht Gegenstand der Erörterungen.

13 So erhielt die KPD bei den Reichstagswahlen 1920 lediglich ca. 600 000 Stimmen, oder nur 2,1 Prozent. Bei den Wahlen 1932 hingegen fast 6 000 000 Stimmen, oder 16,9 Prozent. 1920 lag ihre Mitgliederzahl bei weniger als 100 000. Nach der Vereinigung mit der USPD wuchs der Mitgliederbestand auf ca. 400 000 an. 1932 hatte die KPD schließlich noch 200 000 Mitglieder. Vgl. Flechtheim, a. a. O., S. 321; vgl. Karl Dietrich Bracher/Manfred Funke/Hans-Adolf Jacobsen (Hrsg.) Die Weimarer Republik 1918-1933. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Bundeszentrale für Politische Bildung, Bonn 1988, S. 630 f.

14 So wurde die SPD bei den Reichstagswahlen immer stärkste Partei, bis sie 1932 von der NSDAP in dieser Rolle abgelöst wurde. Vgl. Flechtheim, a. a. O.; vgl. Bracher/Funke/Jacobsen a. a. O.

Nach ihrem mißglückten Aufstandsversuch von 1923 und im Zuge der sich verstärkenden Stalinisierung der KPD fand deren Neustrukturierung statt. Die KPD wurde zu einer zentralistischen Partei. Um die Proletarier direkt erreichen zu können, wurde die Basisorganisation vom Ortsverein auf die Betriebszelle umgestellt. Jedes KPD-Mitglied sollte zugleich auch ein Gewerkschaftsmitglied sein.¹⁰ Diese Umstellung und die damit verbundene politische Neuorientierung verlief aber relativ erfolglos.¹¹ In den Jahren der ökonomischen und politischen Stabilität war das Interesse an der KPD und ihren radikalen Positionen naturgemäß gering, so daß sie sich nicht in den Betrieben verankern konnte. Mit der sich entwickelnden Krise und stark anwachsenden Arbeitslosenzahlen fanden jene zwar Gehör, doch waren die Angesprochenen zumeist arbeitslos, so daß die Betriebszellenstruktur sich sogar als nachteilig für die gesellschaftliche Verankerung der KPD erwies. Die soziale Struktur beider Parteien differierte erheblich, auch wenn sie als klassische Arbeiterparteien galten. Die KPD begann als Splitterpartei, wuchs dann aber schnell durch die Vereinigung mit dem linken USPD-Flügel¹² zur Massenpartei. Durch ihre permanente revolutionäre Haltung und damit verbundene gesellschaftliche Isolation verlor sie im Laufe der Zeit erheblich an Mitgliedern, erstarkte aber durch die ökonomische Krise der späten 20er Jahre wieder. Die Entwicklung der Mitgliedschaft korreliert auch mit den Wahlergebnissen der KPD und somit mit ihrer Wahrnehmung durch die Bevölkerung als relevanter politischer Faktor, der zur Problemlösung beitragen kann. So erzielte sie bei den Reichstagswahlen der 30er Jahre stetig anwachsende Resultate, im Vergleich zur jeweils vorangegangenen Wahl und zur Zeit der relativen Stabilität der Weimarer Republik.¹³ Die SPD war bekanntlich durch die Anzahl ihrer Mitglieder jederzeit eine Massenpartei, die klassenübergreifend attraktiv war. Ihre systemtragende Rolle spiegelte sich in den erzielten Wahlergebnissen wider.¹⁴ Im Gegensatz zur KPD, bei der sich die Mitglied- und Wählerschaft fast vollständig aus Arbeitern und Arbeitslosen rekrutierte, lassen sich bei der SPD der Weimarer Republik durchaus Tendenzen einer Verbürgerlichung finden, die eine sozialstrukturelle Verankerung im Kleinbürgertum und eine Verbürgerlichung der Organisation und ihrer Funktionäre mit sich bringt.

Sowohl die Parteistruktur als auch die soziale Basis von KPD und SPD weisen (temporär) starke Unterschiede auf. Beide Kriterien sind aber nicht ursächlich für die Unmöglichkeit einer Einheitsfront. Eine Allianz einer »bürgerlichen« Arbeiterpartei wie der SPD mit einer radikalen Arbeiterpartei wie der KPD ist angesichts sich zumindest ähnelnder Mitgliedschaften und teilweise sogar sich überschneidender Wählersegmente und Interessengruppen nicht ausgeschlossen. Und die organisatorische Struktur der beiden Parteien sollte kein Hindernis für eine Zusammenarbeit gewesen sein. Ein Verschmelzen zweier sich ähnelnder Parteigeilde ist möglich, wenn auch rein hypothetisch, da eine Zusammenarbeit keine organisatorische Zusammenlegung erfordert. Koalitionen, Tolerierungen, gemeinsame Fraktionsbildung bei Beibehaltung organisatorischer Unabhängigkeit sind bekannte und praktikable Modelle. Die Ursache für das Nichtzustandekommen einer Einheitsfront liegt in den

sich diametral gegenüberstehenden Programmen und den politischen Praxen: »Der jahrzehntelange Kampf hatte die beiden Parteien mit solchem Haß erfüllt, daß selbst die Errichtung der faschistischen Diktatur sie nicht zusammenbringen konnte.«¹⁵ Bei der Diskussion um die Verhinderung der nationalsozialistischen Diktatur durch eine Einheitsfront von SPD und KPD handelt es sich um eine Phantomdiskussion der Geschichts- und Politikwissenschaften.

Dennoch stellt sich, gerade auch wegen der historischen Lehren, die die deutsche Linke aus dem 30. Januar 1933 gezogen haben sollte, die Frage, ob es zwischen Sozialdemokraten und Sozialisten heute eine »Einheitsfront« geben kann. Natürlich ist Weimar nicht Berlin; es geht nicht darum, einen neuen Hitler zu verhindern, der zumindest in Deutschland nicht in Sicht ist, und den auch gewisse rechtspopulistische Strömungen nicht hervorbringen werden, sondern, um die Gesellschaft endlich in eine Richtung zu verändern, die sich wohl am besten mit den Idealen des Friedens, der Freiheit von Zwang und Ausbeutung, rechtsstaatlicher Gleichheit und sozialer Gerechtigkeit, Menschlichkeit und Solidarität umschreiben läßt. Natürlich handelt es sich bei einer solchen idealtypischen Konstruktion einer zukünftigen Gesellschaft um eine *Utopie*. Aber jede wirkliche Alternative zum Bestehenden scheint erst einmal utopisch zu sein. Und muß es sogar, damit sich aus der Antizipation gesellschaftlicher Veränderung Ergebnisse jenseits aktueller Eindimensionalität¹⁶ erzielen lassen.

Der Verlust einer parlamentarischen Linken, auch Resultat der Programm- und Profillosigkeit der PDS, die Politik von Rot-Grün, die allgemeine Schwäche sozialistischer Ideen tragen eher zu einer Entfremdung von obigem Ideal bei denn zu seiner Realisierung. Der 70. Jahrestag der Machtergreifung Hitlers führt nur zu deutlich *alte* Fehler und *neue* Schwächen vor Augen.

Aber daß das barbarische nationalsozialistische Regime nicht einmal seinen dreizehnten Jahrestag begehen konnte, gibt auch heute noch Anlaß zur Hoffnung.

15 Flechtheim, a. a. O., S. 227.

16 Der Begriff der Eindimensionalität bezieht sich auf Herbert Marcuse, der in seinem Werk »Der eindimensionale Mensch« die kapitalistische Gesellschaft als eindimensional charakterisiert und ihr die Stärke zuweist, nonkonforme, oppositionelle Kräfte zu schwächen, indem Teilaspekte und politische Ansichten den Prozessen des Marktes unterworfen und somit ihrer Transzendenz beraubt würden. Sie würden in die allgemeine Eindimensionalität eingegliedert. Beispiele dafür sind u. a. die aktuelle Mode des Punk, einer in ihrem Ursprung nihilistischen Jugendrevolte, das Aufgreifen politischer Forderungen der globalisierungskritischen Bewegung durch nationale Regierungen. Vgl. Herbert Marcuse: *Der eindimensionale Mensch*. Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft, 3. Auflage, München 1998.